

## V-6

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 12: Verschiedenes

### **Handeln beginnt vor Ort – Deutschlands Verantwortung für den globalen Klimaschutz**

1 Vom 30. November bis zum 11. Dezember 2015 findet in Paris die nächste UN-  
2 Klimakonferenz (COP21) statt. Wir müssen es schaffen, den globalen Temperaturanstieg  
3 auf allerhöchstens 2 Grad zu begrenzen. Dafür muss ein Großteil der weltweiten Vorräte  
4 an Kohle, Öl und Gas im Boden bleiben, auch in Nordrhein-Westfalen. Das ergibt sich  
5 nicht nur aus den ökologischen Tatsachen, sondern ist auch unter wirtschaftlichen Ge-  
6 sichtspunkten geboten: denn Nichthandeln wird teurer als Handeln – das hat der jüngste  
7 Bericht des Weltklimarates IPCC gezeigt. Die Folgen der Klimakrise sind durch Extrem-  
8 wetterlagen wie Dürren, Unwetter, Orkane schon heute global und auch hier bei uns  
9 zu spüren. Klimaschutz vermeidet ansonsten bereits absehbare Konflikte und Kriege um  
10 knapper werdende Ressourcen.

#### 11 **Deutschland in besonderer Verantwortung**

12 Deutschland hat dabei als führendes Industrieland in der EU eine besondere Verantwor-  
13 tung. Aber die lauwarmen Worte der Bundesregierung, die im Vorfeld der Gipfel von Paris  
14 und Elmau abgegeben werden, sind durch die widersprüchliche Politik oft nur hohle Phra-  
15 sen. Wenn Deutschland selbst beim Klimaschutz nicht liefert, verspielen wir damit unsere  
16 internationale Glaubwürdigkeit. Dabei ist gerade in diesem Jahr konkretes Handeln bei  
17 Klimaschutz und nachhaltiger Entwicklung gefragt. Bis 2050 müssen dazu die Treihaus-  
18 gasemissionen in Deutschland um 80-90% gegenüber 1990 reduziert werden. Dazu müssen  
19 wir die Stromerzeugung vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen und dazu jetzt  
20 die Weichen stellen.

21 Bundestag und Bundesregierung haben in Dezember 2014 noch einmal das nationale Kli-  
22 maschutzziel von minus 40% der CO2-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 bekräftigt.  
23 Derzeit hat Deutschland seine Emissionen aber erst um 27% seit 1990 reduziert – der  
24 große Teil davon infolge des Niedergangs der DDR-Wirtschaft. In den bis 2020 verblei-  
25 benden knapp fünf Jahren braucht Deutschland demnach eine erheblich ambitioniertere  
26 Klimapolitik als in der Vergangenheit, um die verbleibende Lücke zum Klimaschutzziel  
27 schließen zu können.

28 Das sog. „Klimaaktionsprogramm 2014“ der Bundesregierung wird diesem Anspruch in  
29 keiner Weise gerecht: Ein Großteil der darin aufgeführten Emissionsminderungen sind  
30 Luftbuchungen und durch keine oder nur unzureichende Maßnahmen hinterlegt. So fin-  
31 det Klimaschutz im Verkehr praktisch nicht statt. Der Bund verweigert Ländern und  
32 Kommunen die nötigen Mittel zum Ausbau des klimafreundlichen ÖPNV. Die Bundes-  
33 regierung wird auch das Ziel, eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020 auf die Straße zu  
34 bringen, krachend verfehlen, weil die Förderung von Elektromobilität nicht über Symbol-  
35 politik hinauskommt. Das wichtigste Instrument für den Klimaschutz im Gebäudebereich  
36 sollte nach den Vorstellungen der Bundesregierung der Steuerbonus für die energetische  
37 Gebäudesanierung werden. Trotz eines Konsenses mit 15 Bundesländern ließ die CSU den  
38 Steuerbonus und damit das Kernelement der Effizienzpolitik der Bundesregierung schei-  
39 tern. Nur ein halbes Jahr nach seiner Verabschiedung ist schon klar, dass entscheidende  
40 Bausteine des Klimaaktionsprogramms der Bundesregierung nicht umgesetzt werden. Da-  
41 mit rückt das Erreichen des Klimaschutzziels 2020 in immer weitere Ferne.

## 42 **Klimaschutz in NRW ist Klimaschutz von unten**

43 Wir Grüne wissen um die Kreativität, Kraft und Kompetenz zivilgesellschaftlichen Enga-  
44 gements, denn wir haben als Partei unsere Wurzeln in Initiativen, Bewegungen, Umwelt-  
45 und Naturschutzverbänden, die eines verbindet: die leidenschaftliche Arbeit an der Zu-  
46 kunft. Darauf können wir bauen: Klimaschutz in NRW ist Klimaschutz von unten!

47 Er findet in den Städten und Dörfern, in den Wohnquartieren, auf den Dächern und  
48 in den Heizungskellern unserer Häuser, in den Produktionshallen unserer Unternehmen,  
49 auf den Straßen, Wasserstraßen und Schienenwegen, in den Küchen und Kantinen, auf  
50 dem Bauernhof genauso wie an der Ladentheke statt. Bei uns leben 18 Mio. potentielle  
51 Klimagenossinnen und Klimagenossen: NRW ist ein klimapolitischer Tausendfüßler!

## 52 **Grüner Dreisprung: Klimaschutz-Startprogramm –** 53 **Klimaschutz-Gesetz – Klimaschutz-Plan**

54 Seit 2010 wurde in NRW dazu ein stabiler Rahmen gezimmert: 2011 der Startschuss mit  
55 dem KlimaschutzStartprogramm, 2013 folgte das bundesweit erste Klimaschutzgesetz mit  
56 verbindlichen Minderungszielen, und – nach einem breiten Beteiligungsprozess – nun im  
57 Frühling 2015 die Vorlage des Klimaschutzplans NRW. Mit festen Verabredungen beginnt  
58 der Weg in ein neues Energiezeitalter mit eindeutig grüner Handschrift:

- 59 • Mit Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse machen wir NRW rundherum erneu-  
60 erbar!
- 61 • Wir setzen auf dezentrale Technologien und Systemlösungen bei Speichern, Netzen  
62 und mit intelligentem Management!
- 63 • Wärme spielt bei uns keine Nebenrolle: Mit KWK machen wir NRW zum Effizienz-  
64 land Nr. 1!
- 65 • Bei unseren Gebäuden heben wir die Effizienzpotentiale und sorgen für mehr Tempo!

- 66 • Wir wollen klimafreundlich mobil sein und Verkehrswende in NRW erfolgreich ge-  
67 stallten!
- 68 • Wir streiten für eine klimaverträgliche Land- und Forstwirtschaft. Denn auch jen-  
69 seits von Strom und Wärme spielt die Musik!
- 70 • Wir wollen mehr Effizienz und weniger Energieverschwendung in den eigenen vier  
71 Wänden. Denn Klimaschutz beginnt Zuhause!
- 72 • Last but not least: Wir wollen unserer Vorbildfunktion als klimaneutrale Landes-  
73 verwaltung und Hochschulen bis 2030 gerecht werden!

74 GRÜNE setzen beim Klimaschutz ausdrücklich auf die Partnerschaft mit Industrie und  
75 Wirtschaft! Dafür müssen in kurzer Zeit neue – erneuerbare – und kohlenstoffarme Lösun-  
76 gen entwickelt werden. Das gelingt nur mit neuen industriellen Technologien, Innovationen  
77 und der vollständigen Transformation wirtschaftlicher Strukturen! Eine Industrie, die auf  
78 Klimaschutz und Nachhaltigkeit setzt, ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lö-  
79 sung.

80 Klimaschutz in NRW hat ein Gesicht: Über 120 Städte und Gemeinden zwischen  
81 Rhein und Weser haben bereits eigene Klimaschutzkonzepte aufgelegt. Rund 300 NRW-  
82 Kommunen bilanzieren inzwischen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen, über 115 Kommunen aus NRW  
83 nehmen am European Energy Award teil. Auf diese Dynamik setzen wir.

## 84 **Über die Kohle hinaus: den Wandel klug gestalten!**

85 Wem es ernst ist mit dem Klimaschutz, für den führt kein Weg daran vorbei: Alle müs-  
86 sen ihren Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisten – auch die Braunkohleverstromung.  
87 Die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Rheinischen Revier – etwa 10% aller Emissionen in Deutsch-  
88 land – sind seit Jahren aber unverändert hoch. Einen Beitrag zum Klimaschutz hat die  
89 Braunkohle in NRW bis heute nicht geleistet. RWE – Betreiber von Braunkohletage-  
90 bauen und –kraftwerken – hat in den 20 Jahren sämtliche Versprechen gebrochen, die  
91 CO<sub>2</sub>-Emissionen der Braunkohle zu reduzieren.

92 Um das Klimaschutzziel zu erreichen, hat der Bundeswirtschaftsminister einen Vorschlag  
93 gemacht, der der gesamten Energiewirtschaft nur einen Einsparbeitrag von 22 Mio. Tonnen  
94 CO<sub>2</sub> abverlangt. Nach wie vor müssten die Kraftwerke Deutschlands aber mindestens 70  
95 Mio. Tonnen einsparen, doch Gabriel ist eigentlich unverantwortlich großzügig zur Ener-  
96 giebranche. Dass in NRW dennoch von einer skurrilen Koalition der Braunkohlefreunde  
97 ein schrilles Untergangsgeschrei angezettelt wird, ist absurd. Da sollen über 100.000 Ar-  
98 beitsplätze gefährdet sein, in einer Branche, die deutschlandweit nicht mal mehr 20.000  
99 Beschäftigte hat. Als zehntausende Arbeitsplätze in der Solarwirtschaft von der Großen  
100 Koalition vernichtet und die Biogas-Branche aus dem Land getrieben wurde, war von  
101 diesen Gewerkschaften und Industrieverbänden nichts zu hören.

## **Nicht Klimaschutz sondern Missmanagement gefährdet Arbeitsplätze bei RWE**

Wenn bei RWE Arbeitsplätze gefährdet sind, so liegt das nicht am Klimaschutz, sondern am Missmanagement der Konzern- und Gewerkschaftschefs, die die Erneuerbare Zukunft der Energiewirtschaft erst ausgelacht, dann ignoriert, schließlich bekämpft und die ganze Zeit verschlafen haben. So wurden Milliarden Gewinne aus der Braunkohle nicht in zukunftsfähige Technologien und Arbeitsplätze investiert, sondern auf Abenteuerspielplätzen im In- und Ausland verzockt. Geblieben ist ein gigantischer Schuldenberg, ein nicht mehr zukunftsfähiges Geschäftsmodell und die Zweifel, ob der Konzern überhaupt noch in der Lage ist, für seine teilweise hochgefährlichen Altlasten bei Atom und Braunkohle aufzukommen. Gerade Letzteres muss NRW und die Braunkohleregion in Rheinland mit großer Sorge erfüllen. Bis heute gibt es keine insolvenzfesten Sicherheitsleistungen und die genauen Ewigkeitskosten der Braunkohle sind noch nicht einmal beziffert.

## **Braunkohle gefährdet zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft**

Es ist absurd, wenn im Energiewendeland Deutschland über 40 Jahre alte, klimaschädliche Braunkohlekraftwerke weiterlaufen sollen, aber hocheffiziente und flexible Gaskraftwerke wie z. B. Hürth stillstehen und sogar demontiert werden sollen, weil sie gegen den Braunkohlestrom keine Chance haben. Dieser hat wegen des unwirksamen Emissionshandels nämlich einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil. Deshalb unterstützen die Stadtwerke und viele andere Unternehmen der Energiewirtschaft ausdrücklich die Klimaschutzabgabe. Braunkohle gefährdet nämlich zehntausende Arbeitsplätze bei Stadtwerken, bei Erneuerbaren Energien, bei Kraft-Wärme-Kopplung – auch und gerade in NRW.

## **Nicht länger die Realitäten verweigern: Kohle ist ein Auslaufmodell**

Dabei ist allen das Unvermeidliche klar: Die Zeit der Braunkohle neigt sich dem Ende zu. Zurück bleibt eine zerstörte Heimat, viele ungedeckte Schecks für alle Ewigkeit und große Verletzungen bei vielen Menschen. Deshalb ist klar: Niemand will neue Tagebaue und zusätzliche neue Kohlekraftwerke. Jetzt steht die Aufgabe an, das Auslaufen und den Übergang zu organisieren: Braunkohle ist auf dem Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren nicht kompatibel mit den Klimaschutzziele.

Aber die Freunde der Braunkohle sind gerade dabei, die Fehler des Ruhrgebiets in der Steinkohle aus den 1990er Jahren zu wiederholen und die Realitäten zu verweigern. Die Förderung und Verstromung von Kohle ist ein Auslaufmodell – nicht nur in Deutschland sondern auch weltweit, wenn wir es mit Klimaschutz ernst meinen.

Wir Grüne haben unsere politische Agenda in Sachen Braunkohle klar. Auf dem Weg aus der Braunkohleverstromung haben wir in NRW bereits Erfolge zu verzeichnen: Mit der neuen Leitentscheidung zu Garzweiler II wird zum ersten Mal in der Geschichte die Verkleinerung eines Braunkohletagebaus auf den Weg gebracht. Ziel der Leitentscheidung ist

140 es, den ca. 1400 Menschen in der Ortslage Holzweiler, dem Hauerhof und dem Siedlungs-  
141 splitter Dackweiler eine Umsiedlung zu ersparen. Die Rahmenbedingungen in der europäi-  
142 schen und deutschen Energiewirklichkeit haben sich seit der letzten Leitentscheidung einer  
143 Landesregierung zur Braunkohle in 1991 deutlich verändert. Es geht darum, auf der Basis  
144 des Koalitionsvertrags und der energie- und klimapolitischen Ziele des Klimaschutzplans  
145 NRW eine neue Leitentscheidung zu erarbeiten. Mit der neuen Leitentscheidung sollen vor  
146 allem eine Reduzierung der Kohlefördermengen, eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus  
147 der Braunkohlenverstromung, eine Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Braunkoh-  
148 lenverstromung und des Kraftwerkparks und ein Ausbau erneuerbarer Erzeugungskapazi-  
149 tätäten im Rheinischen Braunkohlenrevier konkretisiert werden.

150 Dabei müssen diesmal die berechtigten und schutzwürdigen Interessen aller Anrainer des  
151 Tagebaus besonders im Mittelpunkt stehen.

152 Deutschland muss mit gutem Beispiel vorangehen und in allen Bereichen CO<sub>2</sub>-Emissionen  
153 reduzieren. Dazu gehört selbstverständlich auch die Braunkohle. Wenn die Bundesregie-  
154 rung ihrer Verantwortung für den globalen Klimaschutz gerecht werden und zum Erfolg  
155 der internationalen Klimapolitik in Elmau und in Paris entscheidend beitragen will, muss  
156 sie Taten folgen lassen. Eine solche Politik nutzt nicht nur dem Klima sondern macht  
157 unsere Wirtschaft fit für die Märkte der Zukunft.

## 158 **Klimabewegung kennt keine Grenzen: Gemeinsam für konsequenten** 159 **Klimaschutz**

160 Daher mobilisieren wir Grünen gemeinsam mit der Umweltbewegung zu einem dezentralen  
161 Klimaaktionstag am 29. November. Außerdem rufen wir auf, am 12. Dezember  
162 die französischen Grünen und Ökologiebewegung bei ihren Protesten in Paris vor Ort zu  
163 unterstützen.

## **Antragsteller\*innen**

Landesvorstand